

Die Trägerversammlung der **Landesbank Baden-Württemberg (LBBW)**, Stuttgart, hat eine Kapitalerhöhung von fünf Milliarden Euro unter Beibehaltung der bisherigen Beteiligungsverhältnisse der Träger beschlossen. Die Kapitalmaßnahme soll im ersten Quartal 2009 erfolgen. Darüber hinaus überlegt die LBBW, einen Garantierahmen von 15 bis 20 Milliarden Euro für neu begebene Schuldtitel und sonstige Verbindlichkeiten entweder von Seiten der **SoFFin** oder ihrer Träger in Anspruch zu nehmen. In welchem Umfang die Garantien tatsächlich in Anspruch genommen werden, hänge von der Geschäftsentwicklung und der weiteren Entwicklung an den Finanzmärkten ab. Außerdem wurde beschlossen, das Kreditersatzgeschäft weitgehend abzuschmelzen und den Leistungsverbund mit den Sparkassen auszubauen. Die LBBW zeigt sich in einer Mitteilung zudem bereit, in konkrete Fusionsgespräche mit der **Bayerischen Landesbank (Bayern-LB)**, München, einzutreten.

Für eine nicht genannte Summe erwirbt die **Signal Iduna Gruppe**, Dortmund und Hamburg, den Wiesbadener Rechtsschutzversicherer **Deurag Deutsche Rechtsschutz-Versicherung AG**. Letzterer ist ein bundesweit auf den Maklervertrieb ausgeichtetes Unternehmen mit Schwerpunkt im privaten Rechtsschutzgeschäft. Er bietet Versicherungslösungen für gewerbliche Kunden und Angehörige der freien Berufe an, wie Ärzte, Apotheker oder Architekten.

Ein Arbeitspapier zur Frage der angemessenen Bewertung von Finanzinstrumenten hat der **Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht** Ende November dieses Jahres vorgelegt. Dieses enthält Vorschläge für Richtlinien für Banken und Aufsichtsbehörden zur Verbesserung der Bewertungsprozesse und zur Verstärkung des Risikomanagements und der Risikokontrolle, etwa hinsichtlich der Zuverlässigkeit und der Breite der herangezogenen Datenquellen. Bewertungsunsicherheiten sollen zudem öffentlich dargelegt werden.

Bereits im Januar 2009 will die **Commerzbank AG**, Frankfurt am Main, den verbleibenden 40-prozentigen Restanteil an der **Dresdner Bank AG**, Frankfurt am Main, von der **Allianz SE**, München, übernehmen. Damit wird die Commerzbank deutlich früher als geplant 100 Prozent der Dresdner-Bank-Anteile halten. Ursprünglich war die Komplettübernahme für das

## 26. November 2008 bis 9. Dezember 2008

zweite Halbjahr 2009 vorgesehen. Die Commerzbank zahlt für den Restanteil 1,4 Milliarden Euro in bar. Mit weiteren 250 Millionen Euro werden die Ansprüche der Allianz aus dem im August 2008 vereinbarten Besserungsschein (Risikoschirm) abgegolten. Wie zuvor bereits bekannt gegeben, erhält die Allianz ferner knapp 1,6 Milliarden Euro in bar, 163,5 Millionen Commerzbank-Aktien sowie die mit 700 Millionen Euro bewertete Tochter **Cominvest**. Der Gesamtkaufpreis sinkt im Rahmen der vorgezogenen Transaktion von 9,8 auf 5,1 Milliarden Euro, der Versicherungskonzern wird zudem an der Commerzbank nur mit 18,4 Prozent statt wie zuvor geplant mit 30 Prozent beteiligt.

Für zunächst zwei Jahre garantieren die **Länder Niedersachsen und Sachsen-Anhalt** im Umfang von insgesamt 20 Milliarden Euro ein Medium-Term-Note (G-MTN)-Programm der **Norddeutschen Landesbank Girozentrale (Nord-LB)**, Hannover. Die Maßnahme sei als Nachteilsausgleich gegenüber den Banken gedacht, die staatliche Garantien in Anspruch nehmen. Das Garantieprogramm soll „zeitnah“ umgesetzt werden, heißt es von den beiden Ländern. Die Länder sollen im Gegenzug eine Avalgebühr von 48 Punkten erhalten. Die Gewährung der Garantien werde unter Einbeziehung der Bundesregierung allerdings noch mit der **EU-Kommission** abgestimmt. Es sollen Papiere mit einer Laufzeit von fünf Jahren begeben werden. Für die Jahre 2009 und 2010 ist jeweils ein Volumen von zehn Milliarden Euro vorgesehen.

Nach hohen Belastungen infolge der Finanzkrise gibt die **Bayerische Landesbank (Bayern-LB)**, München, ihr Investmentgeschäft komplett auf. Auch das Kapitalmarktgeschäft soll bis auf wesentliche Teile gestrichen werden. Zudem stellt die Landesbank ihre Aktivitäten in Asien vollständig ein, inklusive der Stützpunkte in Hongkong und Shanghai sowie der Niederlassungen in Peking, Tokio und Mumbai (Bombay). Darüber hinaus sollen die Risikoaktiva von 190 Milliarden Euro um rund 30 Prozent reduziert werden. Dies soll über die Auslagerung in eine „Bad Bank“ erfol-

gen. Einsparungen von 670 Millionen Euro jährlich werden angestrebt, insgesamt sollen rund 5 600 Arbeitsplätze abgebaut werden. Das Direktbankgeschäft der Deutschen Kreditbank (DKB) soll derweil weiter ausgebaut werden. Die Voraussetzungen für die Neuaufstellung sieht man durch die Maßnahmen zur Rekapitalisierung in Höhe von zehn Milliarden Euro, die Abschirmung des ABS-Investmentportfolios über sechs Milliarden Euro und dem beantragten Garantierahmen in Höhe von 15 Milliarden Euro beim **Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin)** geschaffen.

Eine Kapitalaufstockung um 67 Milliarden Euro führt die **Europäische Investitionsbank (EIB)** durch. Damit erhöht sich die Kapitalbasis der EU-Hausbank auf 232 Milliarden Euro, was einem maximalen Ausleihungsvolumen von 575 Milliarden Euro entspricht. Derzeit hat die EIB ausstehende Darlehen im Wert von 350 Milliarden Euro. Die EU-Finanzminister haben dem Vorhaben, das über eigene finanzielle Reserven gestemmt werden soll, bereits zugestimmt.

Das angedachte Gemeinschaftsunternehmen zwischen der **VR-Leasing AG**, Eschborn, und der an der Mailänder Börse notierten italienischen **Banca Italease** kommt nicht zustande. Als Grund führt die genossenschaftliche Leasinggesellschaft an, dass aufgrund der schwierigen Marktumfeldbedingungen trotz zufriedenstellender Ergebnisse aus dem Due-Diligence-Prozess ein solcher Schritt derzeit nicht umsetzbar sei. Vorgesehen war, dass der deutsche Partner für 369 Millionen Euro 60 Prozent der Anteile an dem Gemeinschaftsunternehmen übernimmt (siehe auch Kreditwesen 23-2008).

Eine Kapitalerhöhung in Höhe von 700 Millionen Euro hat die Hauptversammlung der österreichischen **Hypo Group Alpe Adria** beschlossen. Das Vorhaben wird alleine vom Mehrheitsaktionär **Bayerische Landesbank (Bayern-LB)**, München, getragen und reduziert damit die für die angeschlagene Landesbank vom Freistaat Bayern gegebene Kapitalspritze von zehn Milliarden Euro. Die beiden anderen Hypo-Alpe-Aktionäre **Grawe-Gruppe** und das **Land Kärnten** lassen ihre Anteile derweil verwässern, wodurch sich das Bayern-LB-Paket von 57,49 auf 67,08 Prozent erhöht und der Versicherer seine Sperrminorität verliert.